

»Seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« Das Bild von Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg

John Zimmermann

Abstract

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 lösten die vier Mächte der Anti-Hitler-Koalition, die am Ende des Zweiten Weltkrieges die Regierungsgewalt über das besiegte und besetzte Deutsche Reich übernommen hatten, den Staat Preußen auf. »Seit jeher« sei er »Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« gewesen, lautete die Begründung, um die bis heute – teilweise auch höchst emotional – gestritten wird. Der Vortrag beschreibt die Hintergründe dieses Verdiktes, benennt die Akteure und skizziert die Folgen für das Preußenbild, das sich nach 1945 entwickelte, und den Diskurs, der darum geführt worden ist. Dessen Wandel unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit einer umfassenden sachorientierten Preußenforschung insbesondere in der internationalen Kontextualisierung der entsprechenden Themenfelder.

Einführung

Zu Beginn dieses Jahrtausends stand nicht nur die Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg zur Debatte, sondern plötzlich auch die Benennung eines solchen Gebildes als »Preußen«. Unabhängig davon, dass die Fusionierung an sich höchst umstritten gewesen ist, löste dieser Vorschlag des damaligen brandenburgischen Sozialmi-

nisters Alwin Ziel 2002 eine emotionale Kontroverse aus.¹ Nach kurzem, aber heftigem Streit, in dem diese Namensgebung mehrheitlich abgelehnt worden ist, versandeten beide Diskussionen. Gleichwohl vermittelten die geäußerten Meinungen die gesamte Bandbreite zu den Bildern, die gemeinhin mit Preußen verknüpft werden. Der inzwischen verstorbene Ralph Giordano brachte die widerstreitenden Argumente dabei seinerzeit auf den Punkt: »Der Name Preußen hat ja einen schauerlichen und zugleich einen fabelhaften Ruf. Preußen steht für Tugenden und aufklärerische Ideen, aber spielt auch in der Geschichte des deutschen Imperialismus eine unrühmliche Rolle. Nicht umsonst ist Preußen 1947 von den Alliierten abgeschafft worden.«²

Hier zeigte sich die sehr unterschiedlich antizipierte Rolle Preußens in der deutschen Geschichte. Auf der einen Seite standen oder stehen vereinfachend gesagt vor allem jene, die mit dem ostpreußischen Historiker Ludwig Dehio argumentierten und das ›Dritte Reich‹ durchaus in der Kontinuität eines preußisch-deutschen Strebens nach Hegemonie in Europa sahen.³ Zugespitzt auf die These von einem ›deutschen Sonderweg‹ durch die Führung der Vormacht Preußen im Zuge des deutschen *nation building* entzündete sich daran erhebliche Kritik allen voran jener, die in Preußen vor allem einen aufgeklärten Staat sehen wollten, gerne mit den so genannten preußischen Tugenden kokettierten und das Streben Berlins nach deutscher Einigung in erster Linie positiv konnotierten.⁴ Auch diese Diskurse sind lange verebbt, insbesondere die ›Sonderwegs-These‹ wurde weitgehend relativiert oder gänzlich verneint.⁵

1 Zur seinerzeitigen Diskussion siehe z. B. »Bundesland Preußen« – Wieso? Weshalb? Warum?, in: DW Kultur, 19.2.2002; <https://www.dw.com/de/bundesland-preu%C3%9Fen-wieso-weshalb-warum/a-445496>, Gesellschaft: Wollen wir unser Preußen wiederhaben?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2002; https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gesellschaft-wollen-wir-unser-preussen-wiederhaben-149738-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 oder Berlin-Brandenburg: Preußens Comeback?, in: Spiegel Online, 15.2.2002; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-brandenburg-preussens-comeback-a-182485.html> <alle 16.10.2018>.

2 Zitiert nach: Wollen wir unser Preußen wiederhaben?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2002; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gesellschaft-wollen-wir-unser-preussen-wiederhaben-149738.html> <16.10.2018>.

3 Ludwig Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.

4 Zum ›deutschen Sonderweg‹ siehe Jürgen Kocka: German History before Hitler: The Debate about the German Sonderweg, in: Journal of Contemporary History 23 (1988), 3-16. Allen voran beanspruchte der überzeugte Monarchist Hans-Joachim Schoeps neben zahlreichen Arbeiten bereits in der 1950er Jahren vor allem mit seiner Arbeit Preußen. Geschichte eines Staates. Frankfurt a. M. / Berlin 1966 Meinungsführerschaft. Moderater dazu Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1979, oder Gerd Heinrich: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt a. M. 1981.

5 Siehe z. B. Helga Grebing: Der ›deutsche Sonderweg‹ in Europa 1806-1945. Eine Kritik. Stuttgart u. a. 1986. Zu einem zwischenzeitlichen Versuch einer neuerlichen Diskussion um die Eigenheiten Preußens siehe Hartwin Spenkuch: Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des deutschen Sonderwegs, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), 262-293.

In der Tat aber unterscheidet sich die Staatswerdung Preußens insofern deutlich von der anderer europäischer Mächte, als das Königreich keine Konsequenz der »geschichtlichen Entwicklung« eines Volkes gewesen ist, sondern Ausdruck des Machtwillens seiner Eliten. Seine Gebiete waren in weiten Teilen Kriegsbeute mit beträchtlichen ethnischen und religiösen Unterschieden, deren territorialer Zusammenhang durch erneute Kriege erst hergestellt werden musste.⁶ Trotz einer Fülle sich daraus ergebender Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände haben sich bislang nur wenige Wissenschaftler der Preußenforschung verschrieben und vielen von ihnen war es eine oft allzu spürbare Herzensangelegenheit.⁷ Wesentlich zur Versachlichung der Diskussion beigetragen hat dabei die fulminante Arbeit des australischen Historikers Christopher Clark.⁸

Fragt man sich, welches Bild von Preußen unseren Kindern heute vermittelt wird, dann findet man im *Klexikon*, dem Online-Lexikon für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren, dafür die folgende Definition: »Viele Menschen haben bis heute eine bestimmte Meinung über Preußen. Die einen sagen, es war ständig auf Kriege aus und hat die Leute unterdrückt. Andere sagen, dass Preußen ein besonders freies und gut regiertes Land war. Beides sind Vorurteile: Preußen war mal so, mal so, genau wie andere Länder auch. Wenn heute jemand sagt, er sei Preuße, dann meint er vielleicht, dass er sehr genau denkt und arbeitet. An Preußen erinnern noch die Namen von Städten wie Preußisch-Oldendorf. Auch die Kleidung der deutschen Fußball-Nationalmannschaft hat mit Preußen zu tun: Die Farben Schwarz und Weiß kommen von der preußischen Flagge.«⁹

6 Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. 8 Bde., Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreiches, Stuttgart u. a. 1969, 129. Siehe im Überblick Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Aktueller Begriff: Kolja Bartsch: Auflösung des Staates Preußen durch die Alliierten vor 60 Jahren; <https://www.bundestag.de/blob/506192/a8fd3cacab-28018692d605f670be03b5/aufloesung-des-staates-preussen---data.pdf> <16.10.2018>, Erhardt Bödecker: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, Berlin 2004, Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2000, Lothar Meinzer: Das doppelte Ende Preußens: ›Preußenschlag‹ und ›Drittes Reich‹ 1932–1945/47, in: Preußen-Ploetz, hg. v. Manfred Schlenke Freiburg / Köln 2003, 288–294, Johannes Unger: Republik, Nazi-Diktatur und Untergang 1918–1947, in: Wolfgang Ribbe / Hansjürgen Rosenbauer (Hg.): Preußen. Chronik eines deutschen Staates, Berlin 2000, 247275.

7 Lediglich die Erforschung der Aufklärung sowie einzelne Aspekte der preußischen Rechtsgeschichte haben hier eine intensivere Bearbeitung gefunden. Siehe den Tagungsbericht: Das Thema ›Preußen‹ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945, 4.11.2010–6.11.2010 Berlin, in: H-Soz-Kult, 24.11.2010, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3399>. <16.10.2018> sowie als Beispiel das Standardwerk von Reinhart Koselleck: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1987.

8 Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2007.

9 <https://klexikon.zum.de/wiki/Preu%C3%9Fen> <23.10.2018>.

Das scheint alles, was Grundschulkindern heutzutage über Preußen wissen müssen: Ein paar Ortsnamen und das Nationalmannschaftstrikot, ansonsten war es »wie andere Länder auch«. Doch handelt es sich dabei um das Ergebnis der Politik der *déprussification*, wie sie insbesondere in der französischen Besatzungszone umgesetzt worden ist, oder soll man es als Normalisierung im oben skizzierten Kontext verstehen?¹⁰

Obwohl sie sich nie darauf verständigt haben, was genau das meinen sollte, wollten die alliierten Siegermächte »Preußen als ›Gedankenkonstrukt‹ [...] eliminieren und aus der Vorstellungswelt der Deutschen verbannen«, wie Clark in seiner voluminösen Preußengeschichte schreibt.¹¹ Nimmt man das Kinderlexikon als Grundlage, scheint dies vollständig gelungen. In den Köpfen vieler, wenn nicht der meisten Zeitgenossen existierte am Ende des Zweiten Weltkrieges jedoch ein klarer Zusammenhang zwischen Preußentum und Nazismus, den Winston Churchill auf den Punkt brachte, als er den preußischen Militarismus als Wurzel allen Übels und einer »deutschen Krankheit« ausmachte. So lautete auch die Begründung der vier Mächte der Anti-Hitler-Koalition, die am Ende des Zweiten Weltkrieges die Regierungsgewalt über das besiegte Deutsche Reich übernommen hatten, als sie mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 den Staat Preußen mitsamt seinen nachgeordneten Behörden auflösten.¹² Noch am Kriegsende hatte im Grunde nur Paris eine dezidierte Zerschlagung Preußens gefordert, während es London und Moskau um eine Zerstückelung des Deutschen Reiches ging; als eigenständiges Land konnte man sich dort auch eine Fortexistenz Preußens vorstellen.¹³

Die ›deutsche Frage‹ aber hatte die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bis dahin bereits seit nahezu anderthalb Jahrhunderten beschäftigt. Dass sie von den Nationalsozialisten zur vermeintlichen Legitimierung ihrer aggressiven Expansion propagandistisch ausgeschlachtet worden war, spielte in der Entscheidungsphase zum Umgang mit dem besiegten (Groß-)Deutschen Reich ebenso eine Rolle wie der

10 Siegfried Heimann: *Der Preußische Landtag 1899–1947. Eine politische Geschichte*, Berlin 2011, 380f., sowie ausführlich Henning Köhler: *Das Ende Preußens in französischer Sicht (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 53)*, Berlin 1982.

11 Clark: *Preußen*. (wie Anm. 8), 771.

12 Gilbert Gornig: *Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland über die Auflösung des Staates Preußen*, 25. Februar 1947; https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0231_pre&object=context&l=de <15.10.2018>. Siehe auch Gilbert Gornig: *Der Untergang Preußens unter besonderer Berücksichtigung des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 betreffend die Auflösung Preußens vom 25. Februar 1947*, in: *Schriftenreihe des Preußeninstituts 7* (1998), 5–43, sowie grundsätzlich Gerhard Dassow: *Die Auflösung des Staates Preußen*. Frankfurt a. M. u. a. 2016.

13 Heimann: *Der Preußische Landtag* (wie Anm. 10), 381–385.

aufziehende Kalte Krieg mit seiner bipolaren Weltordnung.¹⁴ Endgültig gelöst wurde sie freilich erst mit den völkerrechtlichen Verträgen im Rahmen der deutschen Einheit im Herbst 1990, in denen die Bundesrepublik Deutschland seine bestehenden Grenzen als endgültig anerkannte, worüber auch keine weitergehenden Diskussionen entstanden. Zu selbstverständlich erschien es zwischenzeitlich, obwohl fast zeitgleich die sterblichen Überreste Friedrichs II. (des Großen) nach Potsdam zurückgeholt und dort damit die Auseinandersetzungen um eine etwaige Re-Preußifizierung der Stadt gestartet wurden.¹⁵

Im Folgenden soll deswegen ausgeleuchtet werden, worum es eigentlich ging bei der formalen Auflösung des preußischen Staates, auf welchen Überzeugungen dieser Akt beruhte und welche Folgen er für das Preußenbild zeitigte. Dadurch wird sich auch teilweise die Emotionalität erklären, mit welcher der Preußen-Diskurs teilweise noch heute geführt wird.

Bilder von Preußen

Ein, wenn nicht die Konstituante jeder Beschäftigung mit Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Streit oder doch wenigstens die Kontroverse. Jede Positionierung wird mit einem ›Aber‹ gekontert – schon die Kommentierung des scheinbar einfachen juristischen Auflösungsvorgang: Nicht wenige argumentieren hier mit dem Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig, demnach man mit dem ›Preußenschlag‹ im Juli 1932 das Land entmündigt, zu einer Verwaltungseinheit degradiert und mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934, das die Volksvertretungen der Länder aufhob und die Hoheitsrechte auf das Reich übertrug, das Ganze juristisch fixiert habe. ›Aber‹: Ob die deutschen Länder damit tatsächlich »verreichlicht« worden sind, ist staatsrechtlich durchaus umstritten. Vom Ausland her gesehen musste man jedenfalls nicht zwingend einen Unterschied erkennen, zumal Reste des preußischen

14 Zur historischen Tiefendimension der »deutschen Frage« siehe Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815-1871, 3., um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2010, Nicolas Lewkowicz: The German Question and the Origins of the Cold War, Mailand 2008, zusammengefasst bei Manfred Görtemaker: Die deutsche Frage in der internationalen Politik, in: Informationen zur politischen Bildung 2 (2015) (20.10.2015); <http://www.bpb.de/izpb/214100/die-deutsche-frage-in-der-internationalen-politik> <17.10.2018> und im Überblick Dassow, Die Auflösung (wie Anm. 12), 15-32. Zur national-sozialistischen Vorstellung siehe z. B. Joseph Goebbels: Preußen muss wieder preußisch werden, München 1932.

15 Siehe hierzu kritisch Andre Tomczak / Manuel Lutz / Holger Zschoge: Make Potsdam great again, in: sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2,3 (2018), 231-244; <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/432/627> <15.10.2018>.

Behördenapparates, wie das Finanzministerium oder die Archivverwaltung, bis zum Ende des ›Dritten Reiches‹ fortexistierten.¹⁶

Folgt man Gornigs Interpretationsangebot, nach dessen Worten dem Kontrollratsgesetz nur deklaratorische Bedeutung zuzubilligen sei und die Siegermächte »eher eine Tradition als eine Staatsmacht vernichten [wollten]«, dann wären nicht die Hohen Kommissare Lucius D. Clay, Brian H. Robertson, Pierre Koenig und Vasilij Danilovič Sokolovskij, sondern Paul von Hindenburg, Kurt von Schleicher und Franz von Papen – allesamt Preußen – die Totengräber des Staates gewesen. Dafür spräche außerdem, dass 1947 Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Teile Brandenburgs de facto schon von der Sowjetunion und Polen annektiert worden waren, die Briten außerdem in der von ihnen besetzten Zone aus preußischen Westgebieten die Länder Rheinland-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein organisiert hatten. Gornig konstatierte, es sei »wohl die Sowjetunion [gewesen], die den letzten vernichtenden Schlag gegen Preußen führen wollte. Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten beteiligten sich gleichgültig, arglos.«¹⁷

Fortan war jedenfalls alles Preußische diskreditiert, weder die Bundesrepublik noch die DDR fühlten sich als Nachfolger. Ob es aber »[l]etztlich [...] viel Ehre für den längst am Boden liegenden preußischen Staat [war], dass vier Großmächte nach dem Weg von Versailles über Moskau nach Jalta einen längst Verstorbenen nochmals vernichteten«¹⁸, oder ob es sich gar, wie Golo Mann meinte, um einen »Fußtritt« handelte, »den siegreiche Esel einem längst toten Löwen gaben«, steht doch zu hinterfragen. »Sie glaubten«, so der zwischenzeitlich kriegsfreiwillige Wahl-US-Amerikaner, »sie hätten ihn getötet, aber das war ein Irrtum. Sie glaubten, der Nazismus hätte seine Wurzeln im Preußentum gehabt. Das war zu höchstens einem Zehntel richtig und zu gut neun Zehnteln falsch.«¹⁹

Damit manifestierte er ein Bild, das sich beispielsweise in der Sonntagsausgabe der Westfälischen Nachrichten vom 26. Februar 2017 wiederfindet, wo »die Auslöschung Preußens [...] [i]n den Augen der Alliierten [...] eine Notwendigkeit« gewesen sei, da sie »eine direkte Linie von den Preußen zu Hitler [zogen]« – »und [...] damit den Mythen der Nationalsozialisten selbst auf den Leim« gegangen wären. Als Referenz verweist der Artikel auf Manfred Görtemaker, nach dem der zwischenzeitlich sozialdemokratisch regierte Freistaat »ein Hemmschuh für den Nationalsozialismus« ge-

16 Zur juristischen Interpretation siehe Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12) sowie Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12) und grundsätzlich Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik und die Errichtung der NS-Herrschaft, 1932-1934. Hg. v. Lars Lüdicke und Michael C. Bienerth unter Mitarbeit von Leonie Kayser, Berlin 2018.

17 Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12), Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12).

18 Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12) und Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12).

19 Golo Mann: Das Ende Preußens, in: Otto Büsch / Wolfgang Neugebauer (Hg.): Moderne preußische Geschichte: 1648-1947 (= Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin 52), Berlin / New York 1981 243-261, hier 260f.

wesen sei, »der in München entstanden ist und im Süden, und eben nicht in Preußen und nicht in Berlin. [...] Wenn Preußen tatsächlich weiter existiert hätte, wäre Hitler gar nicht möglich gewesen. Das ist ja eben das Verrückte. [...] Hitler ist sozusagen die Antithese zu Preußen und keine Fortsetzung Preußens.«²⁰

Wie wenig sich die Diskussion über die Jahre verändert hatte, zeigt ein Vergleich mit einer Diskussion im *Spiegel* von 1979, in dem die gerade erschienenen Arbeiten von Sebastian Haffner *Preußen ohne Legende* und Bernt Engelmann *Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten* einander gegenübergestellt worden waren.²¹ »Nichtpreußen«, hieß es dort, seien sich »entweder mit Winston Churchill einig, ›daß Preußen die Wurzel des Übels ist‹, oder sie hielten es mit Konrad Adenauer, der am 30. November 1946 in der *Welt* schrieb: ›Wir im Westen lehnen vieles, was gemeinhin ›preußischer Geist‹ genannt wird, ab.« Für Haffner gab es eine goldene Deutung, der zufolge »Deutschlands Einigung immer schon Preußens Sendung war«, und eine schwarze, die »in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen wollte«. Beide beruhten jedoch, so meinte er, auf Missverständnissen: »Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reichs war Preußens Aufstieg; und zur unmittelbaren Todesursache Preußens wurde, daß es sich eine deutsche Sendung aufreden ließ.«²²

Nicht gänzlich anders bewertete dies Bernt Engelmann: Für den Ullstein-Urenkel wurzelten die beiden Legenden, nach denen Preußen als »organisierte Kaserne« oder andernfalls »als Europas Hort der Freiheit und der Toleranz« gelte, jedoch keineswegs in Missverständnissen; sie seien lediglich Übertreibungen der Wirklichkeiten. Wo Haffner Preußen als »rauhe[n] Vernunftstaat« begreift, der deswegen nun mal »ein Militärstaat, mehr als andere« sein musste, wollte er aus seinen unverbundenen Landesteilen einen zusammenhängenden Gebietskörper machen, bewertet Engelmann solches Vorgehen als hemmungsloses Hausmachtstreben der Hohenzollern.²³

Bis in unsere Tage wird das Bild von Preußen also von seinem Untergang aus bewertet, respektive durch die Diskussion der Begründungen für seine Auflösung 1947. Angegriffen wird dabei stets, dass die alliierten Siegermächte mit dem Kontrollratsgesetz auch nach Meinung Christopher Clarks gleichsam ihr Urteil über Preußen gesprochen hätten: »Preußen war der Ursprung der deutschen ›Krankheit‹, die Europa ins Unglück gestürzt hatte. Preußen war der Grund, warum Deutschland den Pfad des Friedens und der politischen Moderne verlassen hatte.« Dabei bezog er sich auf die

20 Dpa: 70 Jahre nach Preußen. Schreckgespenst mit Stuck und Lustgärten; Westfälische Nachrichten, 26.2.2017; <https://m.wn.de/Welt/Kultur/2017/02/2715734-70-Jahre-nach-Preussen-Schreckgespenst-mit-Stuck-und-Lustgaerten> <15.10.2018> sowie ähnlich: Das Erbe der Preußen erlebt eine Renaissance, in: Berliner Morgenpost vom 27.2.2017; <https://www.morgenpost.de/berlin/article209753913/Das-Erbe-der-Preussen-erlebt-eine-Renaissance.html> <15.10.2018>

21 Preußen: Die Wurzel allen Übels, in: Der Spiegel 12 (1979) vom 19.3.1979; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40350225.html> <15.10.2018>.

22 Haffner: Preußen (wie Anm. 4).

23 Eine Zusammenfassung der Zuschreibungen bietet Dassow: Die Auflösung, 9f.

Rede Winston Churchills vor dem britischen Parlament am 21. September 1943: »Das Herz Deutschlands schlägt in Preußen. Hier liegt der Ursprung jener Krankheit, die stets neu ausbricht.«²⁴

Diese Sichtweise nahm 1948 als erster Ludwig Dehio auf: Der Nationalsozialismus sei kein Zufall gewesen, sondern »das akute Symptom eines chronischen (preußischen) Gebrechens« und Hitler in diesem Kontext ein »Wahlpreuße«.²⁵ Mit diesem Gebrechen war ein spezifisch deutscher, vulgo preußischer Militarismus gemeint. Und nach Artikel III der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 waren nicht zuletzt »Militaristen« zu bestrafen. Dabei ist der Preußische Militarismus bekanntlich als Kampfbegriff von den Liberalen während des Ringens um die preußische Verfassung Anfang der 1860er Jahre eingeführt worden und hat eben diese Konnotation nie verloren. Ihren diskursiven Vorteil zog diese Begrifflichkeit immer schon daraus, dass sie für jeden anderes bedeuten konnte, wie Clark resümiert, »weil [sie] eine Vielzahl von Vorurteilen in wechselnder Kombination kanalisierte« und dabei immer »die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Verbindungen zwischen dem Militär und dem breiteren sozialen und politischen System, in das es eingebettet war, [lenkte]«.²⁶

So avancierte der Begriff vor allem rund um die Reichsgründung zur massenwirksamen Kampfparole gegen den preußischen Staat und seine Militärinstitution.²⁷ Was genau er in der wissenschaftlichen Phänomenologie umschreiben soll, ist zwar unscharf geblieben,²⁸ gleichwohl wird ihm weitreichende Bedeutung zugeordnet.²⁹ Im *Historischen Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* beschreiben ihn Werner Conze, Michael Geyer und Reinhard Stumpf als einen der wichtigsten »semantischen

24 Zitiert nach Clark: Preußen (wie Anm. 8), 9.

25 Dehio: Gleichgewicht (wie Anm. 3), 223.

26 Clark: Preußen (wie Anm. 8), 683f.

27 Ludwig Quidde: Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich. Eine Anklageschrift, Stuttgart 1893, wiederabgedruckt in: Ders.: Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus, mit einer Einleitung hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1977, 81-130, hier: 84, 99, 109.

28 Michael Salewski: Preußischer Militarismus - Realität oder Mythos? Gedanken zu einem Phantom, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 1 (2001), 19-34, sowie als Quellensammlung Bernd Ulrich / Jakob Vogel / Benjamin Ziemann (Hg.): Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871 bis 1914. Quellen und Dokumente, Frankfurt a. M. 2001. Zum Preußenbild siehe z.B. Otto Büsch / Francis L. Carsten (Hg.): Preussen und das Ausland. Beiträge zum europäischen und amerikanischen Preußenbild am Beispiel von England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Österreich, Polen und Russland, Berlin 1982 oder Otto Büsch (Hg.): Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposiums (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 50), Berlin 1981.

29 Siehe z.B. Andreas Lawaty: Das Ende Preussens in polnischer Sicht: Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 63), Berlin / New York 1986.

Sammlungspunkte« in der modernen deutschen politischen Kultur.³⁰ Dabei haben andere wiederholt darauf verwiesen – Jürgen Luh beispielsweise bereits vor nunmehr 15 Jahren –, »daß vorgeblich typisch ›preußische‹ oder später ›preußisch-deutsche‹ Phänomene keineswegs immer einzigartig waren«, insbesondere dann, wenn Preußen »nicht für sich allein, sondern [...] im deutschen und darüber hinaus europäischen Kontext betrachtet werden [würde]«. ³¹

Gerne wird in diesem Kontext darauf verwiesen, dass Preußen weniger Kriege geführt habe als beispielsweise Großbritannien, Frankreich und Österreich oder dass »die Briten [...] staatliche Gewalt in einem Maße [tolerierten], wie sie in Preußen undenkbar gewesen wäre«. ³² Dennoch sei im vom Kriegerstaat Preußen dominierten Deutschen Kaiserreich die Einhegung des Militarismus nicht so recht gelungen. ³³ Per definitionem beschreibt Militarismus nach Meinung der Politikwissenschaftler Klaus Schubert und Martina Klein die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben ³⁴, wohingegen ihr Kollege Wilfried von Bredow damit »die Dominanz des Militärs als Organisation in Staat und Gesellschaft« und erst daraus resultierend »das Vorherrschen militärisch-kriegerischer Denkkategorien in Staat, Gesellschaft und Politik« meint. In einem Modell, das Bredow dezidiert mit einem »deutschen Militarismus« unter Wilhelm II. unterlegt, seien die Streitkräfte selbst »Motor der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung«, gelten als »Schule der Nation« und griffen auch in Friedenszeiten massiv in politische Entscheidungsprozesse ein, weil »[m]ilitärische Werte und soldatische Verhaltensweisen [...] zivile Handlungen und Entscheidungsprozesse [bestimmen]«. ³⁵

Solchen Definierungsangeboten könnte insbesondere nach neueren Forschungsergebnissen zum Beginn des Ersten Weltkrieges viel Kritisches entgegengehalten werden, noch ohne die Begriffe Militär, Militarisation und Militarismus für sich zu hinterfragen. ³⁶ Hierfür mangelt es allerdings noch immer an entsprechenden regional und

30 Werner Conze / Michael Geyer / Reinhard Stumpf: Militarismus, in: Otto Brunner u. a. (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 8 Bde., Bd. 4, Stuttgart 1972-1997, 1-47.

31 Jürgen Luh: *Bemerkungen zum Preußenbild*, in: Ders. / Vinzenz Czech / Bert Becker (Hg.): *Preussen, Deutschland und Europa 1701-2001*, Groningen 2003, 1-12, hier: 11.

32 Clark: *Preußen* (wie Anm. 8), 534, sowie zu einer Kompilation der Argumente Otto Langels: *Krieg und Kultur. Das schwierige Erbe Preußens*, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 21.2.2007; https://www.deutschlandfunkkultur.de/krieg-und-kultur.984.de.html?dram:article_id=153359<16.10.2018>.

33 Wilfried Loth: *Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung*, München 1996, 204, Ewald Frie: *Das Deutsche Kaiserreich*, Darmstadt 2004, 10 und 119.

34 Klaus Schubert / Martina Klein: *Das Politiklexikon*. 4., aktualisierte Auflage, Bonn 2006.

35 Wilfried von Bredow: *Militär und Demokratie in Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden 2007, 66 f.

36 Ein sehr kritisches Definitionsangebot bietet Wolfram Wette: *Für eine Belebung der Militarismusforschung*, in: Ders. (Hg.): *Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik*. Münster 1999, 13-37, hier: 13f.

international vergleichenden Studien, in die gleichfalls gründlicher zu untersuchende Entwicklungen der Preußenhistoriographie einzuordnen wären.³⁷ Denn was genau der deutsche oder der preußische Militarismus sein soll, ist bis heute ebenso unscharf definiert wie das Bild von Preußen, das damit verknüpft wird. Dabei machte beispielsweise Stig Förster schon vor über 30 Jahren auf ein Spezifikum des preußisch-deutschen Militarismus aufmerksam, nämlich seine weltanschauliche Aufsplitterung in eine eher konservative Strömung und eine bürgerlich-radikalnationalistische Massenbewegung, die sich mit Vorliebe um die kaiserliche Flotte als Symbol imperialer Machtpolitik scharte.³⁸

So scheinen die Bilder von Preußen mehr durch Filme beeinflusst, denn durch wissenschaftliche Forschungen. Jene bieten die genregerechte Mischung aus Mythos, Legende und Ideologie und beschränken sich auf drei kriegerische Epochen – die friderizianische, napoleonische und wilhelminische –, mit ihren vermeintlichen Heldengestalten. Von den 44 Kinofilmen zum Thema Preußen bis 1945 entstanden 27 während der Weimarer Republik, wo das Sujet – und die darin transportierte Sehnsucht nach einem starken Mann – einen regelrechten Boom erlebte. In der Nachkriegszeit dominierten im Westen dann die Nostalgie, im Osten das proletarische Preußen sowie die Versuche, die so genannten Befreiungskriege und ihre Helden für die eigenen Zwecke umzuinterpretieren. Kritische Auseinandersetzungen bot erst 1985 der DDR-Vierteiler *Sachsens Glanz und Preußens Gloria* und zeugte damit nicht nur vom Wandel des Preußenbilds in Ostberlin, sondern zeigte Friedrich den Großen auch in seiner Widersprüchlichkeit.³⁹ Dieses differenzierte Bild des Preußenherrschers wurde in den folgenden Jahrzehnten von der historischen Forschung klar ausformuliert und veränderte damit auch dessen öffentliche Wahrnehmung.⁴⁰ »Die geschichtspolitischen Deutungskämpfe um Friedrich den Großen sind vorbei«, resümierte Eckhard Fuhr

37 Siehe Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Das Thema ›Preußen‹ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 2006.

38 Siehe Stig Förster: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Statusquo-Sicherung und Aggression 1890-1913*, Stuttgart 1985.

39 Heinz Kersten: *Führerkult mit Perücke. Preussenbilder im deutschen Film*, in: *der Freitag. Das Meinungsmedium*, 30.11.2001; <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/fuehrerkult-mit-perucke> <15.10.2018>.

40 Siehe vor allem Peter-Michael Hahn: *Friedrich II. von Preußen. Feldherr, Autokrat und Selbstdarsteller*, Stuttgart 2013, Ewald Frie: *Friedrich II., Reinbek bei Hamburg* 2012, Jürgen Luh: *Der Große. Friedrich II. von Preußen*, München 2011 und Bernd Söseman / Gregor Vogt-Spira (Hg.): *Friedrich der Große in Europa. Geschichte einer wechselvollen Beziehung*, 2 Bde., Stuttgart 2012 sowie die populärwissenschaftlichen Darstellungen von Johannes Kunisch: *Friedrich der Große in seiner Zeit. Essays*, München 2008 und Wolfgang Venohr: *Fridericus Rex. Friedrich der Große - Porträt einer Doppelnatur*, Bergisch Gladbach 2000. Zu wesentlichen Ausstellungen siehe *Friedrich der Große. verehrt. verklärt. verdammt*, Hg. v. Deutschen Historischen Museum, Stuttgart 2012 sowie *Friederisiko – Friedrich der Große. Ausstellungskatalog*, und *Friederisiko – Friedrich der Große. Die Essays*, beide hg. v. der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, München 2012.

2012 in der *Welt*: »Weder führt von ihm ein direkter Weg des preußischen Militarismus über Bismarck und Hitler in die Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, noch strahlt sein Licht als Aufklärer, Modernisierer und Musenfreund bis in unsere zivile, rechtsstaatliche und demokratische Gegenwart.«⁴¹

Die politischen Hintergründe

Dass das besiegte und besetzte Deutsche Reich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgeteilt werden würde, waren ebenso formulierte Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition wie die Wiederherstellung Österreichs als eigenständiger Staat und beträchtliche Gebietsabtretungen im Osten. Nur ein solches »dismemberment«, so Wilfried Loth, schien die Gewähr dafür zu bieten, dass sich ein besiegtes Deutschland nicht wieder zu einem bedrohlichen Machtfaktor entwickelte.⁴² Insbesondere Churchill und Stalin waren sich schon seit den britisch-sowjetischen Bündnisverhandlungen im Herbst 1941 einig, dass darunter auch Preußen fallen würde, uneins blieb man sich allerdings über das Wie.⁴³ Churchills Vorstellungen liefen auf eine Dreiteilung Deutschlands hinaus. Er wollte Preußen nicht zwingend auflösen, wohl aber um das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Westen sowie Gebiete im Osten drastisch verkleinern, und die von ihm als friedfertiger eingeschätzten süddeutschen Staatlichkeiten zusammen mit den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie als Gegengewicht zu Preußen installieren.⁴⁴ Ebenso wenig plädierte US-Präsident Roosevelt für eine Auflösung Preußens:

41 Eckhard Fuhr: Der Alte Fritz wäre heute ein monströser Blogger, in: *Welt.de*, 24.1.2012; <https://www.welt.de/kultur/history/article13829711/Der-Alte-Fritz-waere-heute-ein-monstroeser-Blogger.html> <16.10.2018>.

42 Wilfried Loth: Die Deutschlandplanung der Sieger, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, 29.4.2005; http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39616/deutschland-der-sieger?p=all#footnodeid_I-I <15.10.2018>.

43 Zu 1941 siehe Brief Molotows an Majskij, 21.11. 1941, in: Jochen P. Laufer / Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1, Berlin 2004, S. 11f., sowie Majskij an Molotow, 5.12.1941, 16-18. Die Diskussion über die Aufteilung im März 1944 zum Abschluss, als die Bildung von sieben Einzelstaaten vorsah: Preußen unter Abtretung von Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig; daneben ein rheinisch-westfälischer Staat sowie ein zweiter Nordstaat aus Hessen-Nassau, Hannover, Oldenburg und Bremen, dazu Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden als eigenständige Staaten. Siehe den Bericht „Zur Behandlung Deutschlands“, 9.3.1944; Laufer / Kynin: Die UdSSR (wie Anm. 45), 333-364. Zu Stalins Verhalten 1945 siehe Britisches Protokoll der Sitzung vom 5.2. 1945, in: Rolf Steininger (Hg.): Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1988, 286-290.

44 So seine Ausführungen auf der Konferenz von Teheran, referiert bei Lothar Kettenacker: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989, 234.

Auf der Konferenz von Teheran 1943 erklärte er, das Ruhr- und das Saargebiet sowie der Nord-Ostsee-Kanal einschließlich der Städte Hamburg und Kiel sollten auf Dauer unter internationale Verwaltung gestellt werden, aus dem übrigen Gebiet fünf autonome Staaten entstehen, darunter Preußen.⁴⁵

Im Kern ging es also gar nicht um eine formale Auflösung, vielmehr um eine Marginalisierung Preußens. Weder Briten noch US-Amerikaner mochten sich jedoch offiziell auf eine detaillierte Aufteilung festlegen, besaßen bis zur Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) auch keinerlei Konzepte dafür und nur auf Drängen Stalins wurde eine Aufteilung zumindest im Grundsatz vereinbart.⁴⁶ Weil sich die Briten dann aber doch weigerten, sich auf eine Aufteilung festzulegen, als die in Jalta eigens dazu eingerichtete die Kommission Anfang März 1945 in London zusammentrat, entschloss sich Stalin am 24. März 1945 kurzerhand zu einer Kehrtwende und bekannte sich zur Erhaltung der deutschen Einheit.⁴⁷ Dahinter stand aber gerade eben nicht die Hoffnung, nach dem erfolgreichen Vorstoß der Roten Armee bis nach Mitteldeutschland das ganze Land unter sowjetische Kontrolle zu bringen – ähnlich Churchill befürchtete er im Gegenteil, Washington könnte seine Truppen zurückziehen, »bevor die Hauptaufgaben der Besatzung – die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands – vollendet« seien.⁴⁸ Noch weniger jedoch wollte er eine Allianz des von ihm so verstandenen US-amerikanischen mit dem deutschen »Imperialismus«. Insofern stellte ein einheitliches Deutschland für ihn die zweitbeste Lösung des deutschen Problems dar und von den Aufteilungsplänen blieb zunächst nur die Abtretung der deutschen Gebiete östlich der Oder.⁴⁹

Was die Neutralisierung der deutschen Gefahr anging, setzte sich dann der ihm von Andreas Hillgruber zugeschriebene Preußen-Komplex Churchills durch, wie er in einer Unterhaltung mit Adenauer am 4. Dezember 1951 in London durchschien.⁵⁰ Hier fragte der britische Premier den westdeutschen Kanzler, ob er Preuße sei, denn die wären seiner Meinung nach »Bösewichter«, er »habe Angst vor ihnen«. Auf die offenbar lachende Antwort Adenauers, er sei es nicht, sein innenpolitischer Widersacher

45 Sitzung vom 1.12.1943, Foreign Relations of the United States (FRUS) 1943 Cairo and Tehran, 600-604. Bei den anderen handelte es sich um Hannover mit weiteren norddeutschen Gebieten, Sachsen, Hessen und Süddeutschland.

46 FRUS (wie Anm. 47), Yalta, 656f. und 978.

47 Siehe Josef Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, 219.

48 So die Formulierung in einem Telegramm des sowjetischen Botschafters in Washington, Nikolai Nowikow, vom 27.9.1946, zitiert nach Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, 26, siehe auch 17-35.

49 FRUS Yalta (wie Anm. 48), 974.

50 Andreas Hillgruber: Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945-1955 (= Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften Vorträge G 286), Opladen 1987, 21.

Schumacher aber schon, erwiderte Churchill: »Die Preußen haben aber einen guten kämpferischen Geist.«⁵¹

Die Verfestigung der Bilder

Im Zuge der Auseinandersetzung um die westdeutsche Wiederbewaffnung spielten solche Überlegungen, nämlich welchen Deutschen man Waffen und militärische Macht übergeben wollte, eine durchaus veritable Rolle.⁵² Das galt umso mehr für Frankreich: Willy Brandt berichtete 1976 über einen Besuch als Regierender Bürgermeister Berlins in Paris noch im Juni 1959, bei dem es zu einem Zusammentreffen mit dem just wieder zum Staatspräsident gewählten Charles de Gaulle kam: »Damals [...] überraschte mich de Gaulle durch den Stil der Unterhaltung: [...] Was hat mir der Bürgermeister über den Stand der Dinge in Berlin zu sagen? – Und wie steht es in der Bundesrepublik? – Und was ist mit der Lage in Preußen? Ich brauchte ein paar Sekunden, um zu begreifen: mit ›Preußen‹ war die DDR gemeint. Ich machte dazu eine relativierende Bemerkung, die freilich nur bewirkte, daß de Gaulle bei einer anderen Gelegenheit von ›Preußen und Sachsen‹ sprach. So sagte es ihm sein Verständnis von historischer Kontinuität. Von gesellschaftlichen Systemen und wachsenden staatlichen Gruppierungen hielt er nichts, von Nationen, Völkern und alten Staaten alles. Auch die Sowjets waren für ihn stets ›die Russen‹.«⁵³

Davon legte der im Zweiten Weltkrieg als Führer der freien Franzosen inszenierte General auch wiederholt öffentlich Zeugnis ab, und so war für de Gaulle schon währenddessen Preußen der eigentliche Gegner gewesen, wenn er von Deutschland

51 <https://www.konrad-adenauer.de/dokumente/gespraeche/1951-12-04-gespraech-churchill> <15.10.2018>.

52 Siehe Agilolf Keßelring: Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen 1949–1953 (= Studien der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 3), Marburg 2014, Bruno Thoß: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952 bis 1960 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 1), München 2006 sowie im Überblick Rolf Steininger: Die Alliierten und Deutschland 1945–1948, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 32–33/98 (31.7.1998), 3–12.

53 »Was ist mit Preußen?«, in: Der Spiegel Nr. 25/1976 vom 14.6.1976; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41170758.html> <15.10.2018>.

sprach.⁵⁴ In seiner Rede am 22. November 1944 vor der Assemblée Consultative Provisoire, des Quasi-Parlamentes des Comité français de la Libération nationale (CFLN), fragte er im Kontext der künftigen Behandlung eines besiegten Deutschlands beispielsweise, was aus den Menschen dort werden sollte, nachdem »die nationalsozialistische Herrschaft und das preußische Übergewicht« – »la domination nationale-socialiste et la prépondérance prussienne« – beseitigt worden sei.⁵⁵ Er unterschied also ganz bewusst zwischen der historischen Landschaft Preußen, die er zwischen Elbe und Oder verortete, und dem politischen Preußen und wollte zurück zu den ›Deutschen‹, ehe sich Preußen an die Spitze zur Beantwortung der deutschen Frage gestellt hatte.⁵⁶ Nur ohne dieses Preußen würde sich seiner Meinung nach Deutschland in ein friedliches Land entwickeln können.⁵⁷ Und eben hier traf er sich mit Churchill, den man seinem deutschen – vielleicht treffender: preußischen – Biographen Christian Graf von Krockow nach als Mann verstehen müsste, dessen Überzeugungen sämtlich auf historischen Erfahrungen basierten.⁵⁸

In dieser historisierenden Herangehensweise waren beide freilich nicht alleine: In einem Artikel für den *Daily Herald* mahnte der britische Arbeits- und ab Sommer 1945 Außenminister Ernest Bevin im November 1941 schließlich, es würde nicht reichen, Hitler, Göring oder andere loszuwerden; was Europa ein für alle Mal abschütteln müsste, sei der preußische Militarismus mit seiner schrecklichen Philosophie. Und im Sommer 1943 warnte Clement Attlee, damals Außen-, ab Sommer 1945 Premierminister, davor, den »Fehler von 1918« zu wiederholen, als man das »eigentliche aggressive Element« der deutschen Gesellschaft, die preußischen Junker, als vermeintliches Bollwerk gegen den Bolschewismus zu brauchen meinte.⁵⁹ Darin war er sich auch mit Roosevelt einig, der am 17. September 1943 vor dem US-Kongress »unmissverständlich« erklärte: »[W]enn Hitler und die Nazis abtreten, dann muss auch die Riege der preußischen Militärs gehen. Wenn wir irgendeine Garantie für einen dauerhaften Frieden wollen, [...] dann müssen die kriegstreiberischen Banden in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.«⁶⁰

Solch historisierendes Preußenbild hatte man tatsächlich bereits in der Weimarer Republik fleißig genährt, wo das Thema Preußen nicht nur im Kino boomte: So sprach

54 Am 10.11.1959 verkündete de Gaulle z. B.: »Das kommunistische Regime in Rußland, das durch Mittelsmänner über seine Nachbarländer in Europa herrscht, hat Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien, Preußen und Sachsen keineswegs für sich gewonnen.« Zitiert nach De Gaulle: *Die Völker der Länder Preußen und Sachsen*, in: *Die Zeit* 3 (1965) vom 15.1.1965; <https://www.zeit.de/1965/03/de-gaulle-die-voelker-der-laender-preussen-und-sachsen> <15.10.2018>.

55 Zitiert nach Köhler: *Das Ende* (wie Anm. 10), 68.

56 Köhler: *Das Ende* (wie Anm. 10), 72.

57 Ebd., 75.

58 Christian Graf von Krockow: *Churchill. Eine Biographie des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1999.

59 Beide zitiert nach Clark: *Preußen* (wie Anm. 8), 764.

60 Zitiert nach ebd., 764f.

sich beispielsweise schon im Januar 1921 der spätere Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann in einer Rede im ostpreußischen Allenstein energisch für die Erhaltung Preußens aus »als der alleinige Kern, aus dem Deutschland neu erstehen muss. [...] Wir dürfen nicht das Bestehen dieses Staates antasten, der der Kern des Reiches war und bleibt!«⁶¹

Da darf es kaum verwundern, wenn das Bismarckreich im Zentrum des ausländischen Preußenbildes blieb, zumal im französischen. Denn aus der Pariser Perspektive hatte sich Preußen stets nach Westen ausgedehnt, bis es 1867 die Grenzen Frankreichs erreichte, jenes 1870/71 militärisch bezwang, seine Implementierung als – im Verständnis der mehrheitlichen Franzosen nicht Deutsches, sondern Groß-Preußisches Reich – noch dazu auf demütigende Weise im Spiegelsaal von Versailles vollzog und seine weitere Existenz mit der internationalen Ausgrenzung, ja Isolierung Frankreichs absicherte. Nicht nur für die meisten Franzosen galten daher »extremer Nationalismus und preußischer Staat nur als zwei Seiten einer Medaille«, wie es Henning Köhler 1982 zusammenfasste.⁶² Frankreich, Großbritannien und die USA beteiligten sich also keineswegs, wie eingangs von Gornig vermutet, »gleichgültig, arglos« an der Auflösung Preußens, sondern aus ihrer Sicht mit guten Gründen.⁶³ Politisch nahmen sie Deutschland als Preußen wahr und dieses verbanden sie mit militärischem Großmachtstreben.

Wie fest sich dieses Bild verankerte, belegte John C. Kornblum, der nahezu sein gesamtes diplomatisches Leben in oder mit Deutschland verbrachte und dessen Großeltern 1882 selbst aus Ostpreußen in die Vereinigten Staaten ausgewandert waren, in seiner Rede als US-Botschafter vor der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg am 16. März 2000: »Die frühen Jahre unserer Beziehungen waren positiv und von Zusammenarbeit geprägt«, bevor Preußen »[n]ach 1860 [...] in den Augen der Vereinigten Staaten zum Synonym für Nationalismus und Militarismus« geworden sei. »Der zunehmende Nationalismus nach den gescheiterten Revolutionen von 1848 zerstörte langsam die Traditionen der Offenheit, die Preußen stark gemacht hatten. Das Bild Preußens als tolerante und ehrliche Gesellschaft wurde durch das Bild eines Preußens ersetzt, in dem exzessiver Militarismus und Nationalismus Fuß gefasst hatten. [...] Damit wurde Preußen zu einem gemeinsamen Feind, gegen den sich andere – auch

61 Zitiert nach Köhler: *Das Ende* (wie Anm. 10), 75f.

62 Ebd., sowie Elisabeth Fehrenbach: *Preussen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit*, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6: *Europa und die Reichsgründung. Preussen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860-1880*, hg. v. Eberhard Kolb, München 1980, 109-137. Siehe dazu das Kissinger Diktat Bismarcks von 1877, nach dem das Ziel der deutschen Außenpolitik eine politische Gesamtsituation war, »in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden«; zitiert nach Otto Pflanze: *Bismarck. 2 Bde., Bd. 2: Der Reichskanzler. Aus dem Englischen von Peter Hahlbrock*, München 2008, 159.

63 Gornig: *Gesetz Nr. 46* (wie Anm. 12) und *Ders.: Der Untergang* (wie Anm. 12).

die Vereinigten Staaten – verbündeten, um ihn zu zerstören. Das dunkle Kapitel der preußischen Geschichte endete so 1947 mit der Auflösung Preußens.«⁶⁴

Folgt man dieser Lesart begibt man sich rasch in die Nähe einer Anhängerschaft zur These eines deutschen Sonderwegs, der vielleicht sogar, so vermutete es jedenfalls Clark, eher preußisch als deutsch rezipiert worden ist. Denn vielen Analysen der neueren deutschen Geschichte – vor wie nach 1945 – lag die Vorstellung zugrunde, dass Deutschland in das liberale, weltoffene und friedfertige West- und Süddeutschland auf der einen Seite und das reaktionäre, militaristische Nordostdeutschland auf der anderen zerfalle. Der US-amerikanische Soziologe Thorstein Veblen vertrat in seiner 1915 veröffentlichten Studie *Imperial Germany and the Industrial Revolution* die Ansicht, in Deutschland habe ein einseitiger Modernisierungsprozess die politische Kultur verzerrt, weil das Gefüge des Staatswesens nur geringfügig verändert worden sei – was er auf den Fortbestand eines im Wesentlichen vormodernen preußischen ›Territorialstaates‹ zurückführte, der durch eine nahezu ununterbrochene Abfolge von Angriffskriegen entstanden sei, wodurch sich wiederum eine extreme Untertanenmentalität ausgeprägt habe.⁶⁵

Damit schließt sich der Kreis zu jenem rein politisch definierten Preußen, das unter diesen Umständen nicht weit davon entfernt zu sein scheint, als »Krankheit« oder »Gebrechen« angesprochen werden zu können. Denn aus ausländischer Sicht änderten sich die Symptome eben nicht einmal nach dem Untergang des Kaiserreiches 1918 – Im Gegenteil: Generalmajor Hans von Seeckt, Chef des Allgemeinen Truppenamtes der Reichswehr, forderte in seinem »Erlass an die Generalstabsoffiziere« vom 18. Oktober 1919 bereits: »Ruft erneut das Schicksal das deutsche Volk zu den Waffen – und unausbleiblich kommt einmal dieser Tag –, dann soll er kein Volk von Schwächlingen, sondern von Männern finden, die kraftvoll zur schnell vertrauten Waffe greifen. Die Form dieser Waffe ist nicht so wichtig, wenn Hände von Stahl und Herzen von Eisen sie führen. Tun wir alles, was wir können, daß der Zukunftstag beide findet, arbeiten

64 <https://de.usembassy.gov/de/amerika-preussen> <15.10.2018>: Preußen und die USA seien beide »Schmelzriegel von Kulturen und Menschen« gewesen, dadurch geformt worden und hätten »durch Gebietseroberungen und die Integration unterschiedlicher Völker immer mehr an Stärke [gewonnen]. Aber während die amerikanische Expansion vor allem durch Einwanderung gelenkt wurde, war die preußische Expansion eher einer durch Gebietsannexion gebildeten ›Patchworkdecke‹ vergleichbar.«

65 Christopher M. Clark: Preußenbilder im Wandel, Verleihung des Preises des Historischen Kollegs am 5. November 2010 in München in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an Christopher Clark; https://www.badw.de/fileadmin/user_upload/Files/BADW/pressemitteilungen/2010/pm-30-10/Festvortrag_Clark-1.pdf <15.10.2018>, Thorstein Veblen: *Imperial Germany and the Industrial Revolution*, New York 1915.

wir unermüdetlich an der eigenen Wehrhaftmachung von Geist und Körper und an der der Volksgenossen.«⁶⁶

So erscheint es wenig überraschend, wenn für den britischen Außenminister Anthony Eden im Dezember 1939 offensichtlich schien: »Hitler ist im Grunde gar nicht so einzigartig. Er ist nur der jüngste Ausdruck des Eroberungsgeistes des preußischen Militärs.« Edens Rede wurde vom *Daily Telegraph* prompt unter der Überschrift veröffentlicht: »Hitlers Herrschaft in der Tradition der preußischen Tyrannei.«⁶⁷

Zu diesem Zeitpunkt war der seinerzeit und bei weitem nicht nur von Seeckt erhoffte Tag jedenfalls schon gekommen, doch kein Preuße hatte ihn gebracht, sondern ein Österreicher und, obwohl Verehrer Friedrichs des Großen, also absurderweise ein Großdeutscher. Allerdings hatte Seeckt auch vom »deutschen« Volk geredet, was die neuere These stützt, dass eine dezidiert deutsche Identität durch den Ersten Weltkrieg geschaffen worden sei, an dessen Beginn noch eine Kontingentsarmee der deutschen Staaten kämpfte, und an dessen Ende ein deutscher Kaiser abdankte, der sich auch tatsächlich als solcher verstand, während sein Großvater noch hatte gezwungen werden müssen, nicht mehr nur König von Preußen bleiben zu dürfen.

Aber handelt es sich beim Vergleich Wilhelms I. mit dem II. nicht schon wieder um jene Trennung von politischem und organischem Preußen? Für den Großvater – und nicht wenige andere, auf Haffner wurde bereits hingewiesen – ist das »wahre Preußen« mit der Gründung des Kaiserreichs 1871 verschwunden, andere verorten dies wiederum in der Beseitigung der monarchischen Staatsform 1918, wieder andere verbinden es mit dem »Preußenschlag« und der Gleichschaltung der Länder 1932–34, manche Juristen plädieren für einen staatsrechtlichen Fortbestand bis 1945. So ist der Auflösungsbeschluss durch den Alliierten Kontrollrat 1947 vielleicht doch ein notwendiger formaler Akt gewesen, um Diskussionen dieser Art erst gar nicht aufkommen zu lassen. Wenn man die Deutschen schon brauchte, dann sollten sie jedenfalls nicht im so antizipierten preußischen Geist verhaftet bleiben dürfen.

Der Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte galt im Übrigen beileibe nicht nur den Siegermächten als eine, wenn nicht die Wurzel der »deutschen Katastrophe«. ⁶⁸ Auch in einem Flugblatt der Weißen Rose wurde die »autoritäre preußische Staatsidee« und deren Militarismus »nach dem Sieg Preußens über Frankreich« für die Entwick-

66 Zitiert nach: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten. Hg. v. Hans Meier-Welcker (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte 5), Stuttgart 1964, Dok. 73, 220f. Weiterführend siehe Niklaus Meier: Warum Krieg? Die Sinndeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871 bis 1945 (= Krieg in der Geschichte 73), Paderborn u. a. 2012, bes. 130.

67 Beides zitiert Clark: Preußen (wie Anm. 8), 763f.

68 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.

lung Deutschlands hin zum Nationalsozialismus verantwortlich gemacht und dazu aufgefordert, sich von ihm »für alle Zeit« zu trennen.⁶⁹

Apropos Weiße Rose: Es ist nicht zuletzt auf die veränderte Beurteilung des deutschen Widerstandes im Nationalsozialismus zurückzuführen, dass sich zwischenzeitlich ein differenzierteres Urteil über die preußische Geschichte geformt hat, das sich trotz weiterhin kritischer Akzentuierung doch wesentlich von der einseitigen Betrachtungsweise in den Kriegsfolgengesellschaften unterscheidet.⁷⁰ Im *Spiegel* kommentierte Rolf Schneider schon 1975 den Umstand, dass Stauffenberg dann doch »Freundlichkeit und Sympathie« erfuhr, mit dem süffisanten Hinweis: »Möglicherweise, ich schließe das nicht aus, wirkte gleichermaßen der Umstand mit, daß der romantische Hitler-Attentäter kein Preuße, sondern Schwabe war.«⁷¹

Fazit

Preußen hat zwar weniger Kriege geführt als andere Länder – ein gerne ins Feld geführtes Argument im Übrigen gegen einen dort existierenden Militarismus –, doch ohne Kriege wäre Preußen als politisch gestaltende Macht im Europa seiner Zeit nicht denkbar. Dazu waren seine Kernlande zu unbedeutend und territorial zu peripher. Als wie militaristisch es deswegen heute bewertet werden muss, ob es das vergleichsweise überhaupt gewesen ist, und wie stimmig die hier vorgestellten Preußenbilder letztlich sind, wäre ein Thema für die weiter oben eingeforderten Forschungen, insbesondere im internationalen Vergleich.

Genau genommen ist schon die Staatsbezeichnung ein erobertes Name, indem man der indigenen Bevölkerung der Pruzzen ihr Siedlungsgebiet gewaltsam wegnahm. Lediglich für diesen, in Wirklichkeit sogar nur in diesem, und eben nicht für den eigentlich wichtigeren Landesteil der Mark Brandenburg war es der Dynastie Hohenzollern möglich, die Königskrone zu erwerben. Sie zu behalten, basierte fürderhin absurderweise auf einer gleichzeitigen zurückhaltenden Außenpolitik und der Schaffung eines potenten Stehenden Heeres. Der eher wenig begüterte Staat bedurfte dazu einer drastischen Sparsamkeit und eines ebenso akkuraten wie zentralisierten Beamtenapparats.

69 Klaus Schlichtmann: Wirtschaft, Gesellschaft und Außenpolitik Japans, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/2000; <http://www.bpb.de/apuz/25278/wirtschaft-gesellschaft-und-aussenpolitik-japans?p=all#fr-footnodeid2> <10.08.2018>.

70 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.

71 Rolf Schneider: Die DDR und Preußen, in: Der Spiegel 37 (1975) vom 8.9.1975; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41419759.html> <16.10.2018>.

Auf der Basis eines dadurch wirtschaftlich wie finanziell gesicherten Staatswesens erweiterte Friedrich II. (der Große) das Königreich gewaltsam, führte es dabei aber auch in den Dualismus mit dem Haus Habsburg, der schließlich mit der kleindeutschen Lösung beendet worden ist. Auch die deutsche Einigung diente letztlich zuvorderst den dynastischen Interessen der Hohenzollern, dessen zersplitterter Herrschaftsbereich durch die zwei – letzten Endes als Reichseinigungskriege teleologisch interpretierten – Feldzüge gegen Dänemark sowie Frankreich und einen Bürgerkrieg im Deutschen Bund zusammengeführt werden konnte. Dass Preußen dadurch auch innenpolitisch die Führung übernahm und die eigenen Staatsprinzipien auch im Deutschen Reich durchzusetzen vermochte, nährte die These vom »deutschen Sonderweg« und die Markierung des Kriegerstaates als Wurzel allen Übels.

Nun sind die scheinbaren preußischen Tugenden wie Sparsamkeit, Ordnung, Fleiß und Sauberkeit ebenso wenig von ihrer historischen Kontextualisierung zu trennen wie die kriegerische Machtpolitik. In einem *Spiegel*-Interview von Martin Doerry und Klaus Wiegrefe auf die Debatte um den preußisch-deutschen Sonderweg angesprochen, antwortete Christopher Clark 2007 sehr sinnig: »[S]ie erfüllte einen volkspädagogischen Zweck, denn sie ermöglichte es, verschiedene Problemkomplexe wie Militarismus, Gehorsamskult, Autoritätsgläubigkeit über den Begriff Preußen zusammen mit dem Nationalsozialismus in einen Topf zu werfen. Das hat die Entstehung einer liberalen Bundesrepublik erleichtert. Aber jetzt ist es Zeit, andere Fragen zu stellen und Raum zu schaffen für neue Sichtweisen.«⁷²

Dieser Appell ist nun elf Jahre alt und Preußen ist bis heute ein noch immer mitunter hochemotional umstrittenes Thema nicht nur der deutschen Geschichtswissenschaft geblieben.⁷³ Zu wünschen wäre den aktuellen wie künftigen Diskursen, dass sie weniger nach den preußischen Farben verliefen, die bekanntlich auch unsere Nationalspieler tragen, sondern mehr nach deren durchaus different schattierten Hautfarben und anders als deren momentanes Auftreten, nämlich professionell.

72 Abschied von Preußen. »Ein Bollwerk der Demokratie«. Der australische Historiker und Bestseller-Autor Christopher Clark, 46, über Preußen und den deutschen Sonderweg im Gespräch mit Martin Doerry und Klaus Wiegrefe, in: *Spiegel Spezial Geschichte* 3 (2007), 21.8.2007; <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecialgeschichte/d-52666780.html> <19.10.2018>.

73 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.